

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey, Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolajstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

### Unsre finanzielle Rüstung.

Die Nr. 22 des „Proletariers“ enthielt eine Betrachtung über die Einnahmen und Ausgaben unsres Verbandes für das Kriegsjahr 1916, mit einem Vergleich mit den beiden Vorjahren. In der Nr. 28 wurde in gleicher Weise über die Lokalkassen berichtet. In beiden Artikeln wurde festgestellt und bedauert, daß die Vermögensbestände der Haupt- und besonders der Lokalkassen während des Krieges eine bedeutende Schwächung erfahren haben. Die Gründe dafür wurden angegeben, so daß darauf hier nur verweisen zu werden braucht.

Es betragen die Bestände:

	1. 1. 14	1. 1. 15	1. 1. 16	1. 1. 17	Gegen 1914 weniger
Hauptkasse	3 860 523 M.	3 364 549 M.	3 528 878 M.	3 558 241 M.	302 279 M.
Lokalkassen	1 025 295 M.	817 430 M.	721 233 M.	666 592 M.	358 703 M.
Zusammen	4 885 818 M.	4 181 979 M.	4 250 111 M.	4 224 836 M.	630 982 M.

Beide Kassen erlitten demnach eine Minderung um rund 2/3 Millionen Mark. Das ist allerdings kein Grund zu einer besonderen Befürchtung; wenn man die Bedenken beim Beginn des Krieges in Erinnerung ruft, sogar ein Beweis für die Standhaftigkeit der Organisation. Ist der Rückgang auch nicht verwunderlich und auch wohl noch nicht besorgniserregend, so müssen wir jetzt nach dreijähriger Kriegsdauer daraus doch einige Lehren ziehen, denn zufriedenstellend ist das Ergebnis keineswegs.

Soll nun diese Entwicklung immer so bleiben, oder haben wir nicht alle Veranlassung, eine andre Bahn einzuschlagen? Wollen wir uns dauernd trösten mit dem Gedanken: Beim Kriegsbeginn befürchteten wir bei längerer Dauer den Zusammenbruch, und nun stehen wir nach dreijähriger Dauer noch verhältnismäßig gut gerüstet da? Oder müßte nicht dabei mehr als bisher der oft vertretene Grundgedanke zur Geltung kommen: „Unzufriedenheit ist die Mutter allen Fortschritts.“ Befriedigen kann doch weder der Vermögensbestand noch die an die Mitglieder gezahlte Unterstützungssumme.

Die Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit stellt sich sofort ein, wenn man nicht nur die bloße Summe der Bestände betrachtet, sondern überschlägt und berechnet, was damit geschaffen und erhalten, was an Unterstützungen gegeben werden kann und muß, wie lange die Beträge reichen, wenn nach dem Kriege neue Anstürme an die Kassen kommen, wenn Tausende von Ansprüchen auf Hilfeleistung aufzulaufen. Abgesehen von den ersten Kriegsmontaten mit den gewaltigen Mehr- und Neuausgaben sind die gesamten Einnahmen und Ausgaben in ziemlich gleicher Weise gesunken, so daß wir dadurch einen gewissen Ausgleich fanden; der Hauptverlust fällt auf die ersten acht Kriegsmontate.

Das wird aber nicht immer so bleiben. Nach dem Kriegsende werden die Ansprüche wieder größer und vielleicht in ihrer Höhe die Zeit des Kriegsbegins noch übersteigen. Das wird vor allem bei den Arbeitslosen zutreffen. Die Umwälzung und Einstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft wird zweifellos beeinflusst durch den Ausgang des Krieges, aber ohne starke Wehen wird es auf keinen Fall abgehen. Arbeitslosigkeit wird für viele Berufe in hohem Maße wieder eintreten; diese bedingt große statutarische Ausgaben und kann uns leicht zu neuen Ausnahmeunterstützungen zwingen, zu denen ja auch bei Kriegsbeginn durch Einführung der Ausgesteuertenunterstützung gegriffen werden mußte. Die Krankenunterstützung wird auch steigen, nicht nur durch die Vermehrung der Mitgliederzahl, sondern auch im Durchschnitt für alle Mitglieder. Es muß damit gerechnet werden, daß Tausende von Eingezogenen krank und stich zurückkommen oder bald nach ihrer Rückkehr krank werden.

Wird die Erwerbslosigkeit so groß, tritt an Stelle des jetzigen Arbeitermangels der Arbeitsmangel, dann werden auch die Verurtheile, die Löhne zu drücken, wieder zum Vorschein kommen. An die Stelle der aufsteigenden Tendenz tritt der Niedergang. Das wird und muß nach kurzer Zeit zu Kämpfen mit dem Unternehmerthum führen; die Ansprüche an die Streit- und Gemafregelunterstützung werden wieder kommen und steigen.

Neben den gesteigerten Ansprüchen müssen wir aber auch die Höhe der Unterstützung im Auge behalten. Die jetzigen Sätze sind seit langen Friedensjahren in Kraft. Schon auf dem Stuttgarter Verbandstag wurde die Erhöhung und der Ausbau aller Unterstützungseinrichtungen gefordert; um die Erhöhung der Streikunterstützung wurde auch dann noch gestritten, als schon die Resolution angenommen war, nach der eine Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen bis zum nächsten Verbandstage zurückgestellt wurde.

Die gegen eine Stimme angenommene Entschließung lautete: Der 12. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erkennt die Notwendigkeit des Ausbaues unsres Unterstützungswesens an.

Da Staat und Gemeinde in der Frage der Arbeitslosenunterstützung beinahe vollständig versagten, so ist insbesondere dieser Zweig der Unterstützung dabei zu berücksichtigen.

In Erwägung, daß eine Erhöhung der Unterstützungen ohne Beitragserhöhung nicht möglich und letztere zur Zeit wegen der Krisis kaum durchzuführen sein dürfte, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, bis zum nächsten Verbandstag eine Vorlage auszuarbeiten, die neben der not-

wendigen Erhöhung der Beiträge einen möglichst weitgehenden Ausbau unsres Unterstützungswesens vorliest.

Die damals schon unzureichenden Sätze sind durch die Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse im Wert noch mehr gesunken. Die Folge müßte eine ganz erhebliche Steigerung der Unterstützungssätze sein. Wäre die Abhaltung eines Verbandstages 1916 möglich gewesen, dann hätte diesem schon eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden müssen. So ist es nun schon ein weiteres Jahr unterblieben, obwohl die Teuerung zu einer Erhöhung geradezu zwingen muß. Das wird sich auch bald unangenehm bemerkbar machen. Solange die Arbeitslosenunterstützung nur in so geringem Maße, Streit- und Gemafregelunterstützung so gut wie gar nicht gegeben zu werden braucht, solange die Krankenunterstützung die alleinige und hauptsächlichste Unterstützung bleibt, ist das Verlangen nach einer Erhöhung immer noch beschneiden. Das Verlangen wird aber steigen, wenn die jetzt so geringen Unterstützungszweige wieder von einem größeren Preise beansprucht und bewilligt werden müssen. Der Anerkennung der Berechtigung kann sich dann niemand mehr entziehen.

Der Haken liegt wie immer, auch auf dem letzten Verbandstage schon, in der Deckungsfrage. Nachdem bei gleichbleibenden Unterstützungssätzen eine Unterbilanz von 300 000 Mk. allein in der Hauptkasse gemacht worden ist, kann von einer Erhöhung ohne vermehrte Einnahmen nicht gesprochen werden. Da neben der Erhöhung der Sätze auch mit einer erheblichen Erweiterung des Bezirkerkreises gerechnet werden muß, würde sich als Folge eine Mehrausgabe herausstellen, die zu einer Katastrophe führen kann. Es muß demnach für höhere Einnahmen gesorgt werden, und das kann wieder nur durch Beitragserhöhung erfolgen. Eine solche Beitragserhöhung zu dem Zweck, Kräftigung des Verbandes zum Kampf und Gewährung höherer Unterstützungen würde wohl die Zustimmung aller Mitglieder, auch der eingezogenen, finden. Die Möglichkeit der Durchführung erscheint auch gegeben.

Eine Anzahl von Zahlstellen, deren Vertreter früher gegen jede, oder doch gegen eine wesentliche Beitragserhöhung stimmten, haben inzwischen die Lokalbeiträge erhöht. Was nun möglich ist, um den Lokalkassen die Bestreitung der Verwaltungskosten zu gestatten, muß auch für die Hauptkasse zur Erhöhung der Unterstützungen möglich sein.

Die Berichte des Verbandes und der einzelnen Zahlstellen über die Lohnbewegungen der letzten Jahre geben Zeugnis von den erzielten Lohnsteigerungen. Es sind da noch nicht alle Mitglieder erfasst, man kann aber unbestritten annehmen, daß heute der Geldlohn überall, teilweise sogar erheblich, gestiegen ist. Dabei soll nicht unbeachtet bleiben, daß an vielen Orten und in vielen Betrieben die Lohnsteigerungen mit den Anforderungen der heutigen teuren Zeit noch lange nicht im Einklang stehen. Dort kann aber doch der Ausgleich nicht gesucht werden durch eine Ersparnis an den Verbandsbeiträgen, sondern nur durch das Bestreben, durch größere Einnüftigkeit und Verkündigung mit der Verbandsleitung den Versuch zu machen, höhere Löhne oder größere Zulagen zu erkämpfen. Die andern Mitglieder, deren Löhne durch Verbands-hilfe und Ausnützung der Konjunktur gestiegen sind, wissen heute schon, daß man ohne eine höhere Gegenleistung jetzt nicht mehr daselbe haben kann wie früher. Höhere Verbandsleistung und bessere Rüstung können, davon sind sie sicher überzeugt, ohne höheren Beitrag nicht eintreten.

Die zweite Schwierigkeit liegt in der Form der Einführung. Der 1916 fällige Verbandstag wurde auch 1917 nicht abgehalten. Die Gründe, in Nr. 7 des „Proletariers“ von 1916 veröffentlicht, mögen auch heute noch recht beachtlich sein, auf die Dauer dürfte sie nicht die Abhaltung unmöglich machen; denn dauernd kommen wir ohne den Verbandstag nicht aus. Sind die Schwierigkeiten aber nicht zu überwinden, dann muß man sich über die Möglichkeit verständigen, in einer Konferenz des Vorstandes, der Gauleiter und des Ausschusses einen solchen Plan auszuarbeiten und diesen den Zahlstellenleiter-Konferenzen zu unterbreiten; dann müßten die Anträge in Mitgliederversammlungen beraten werden und später hätte eine Urabstimmung die Entscheidung zu treffen.

Eine genaue Berechnung über die Wirksamkeit einer solchen Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen liegt nicht vor und kann in den Ausnahmezuständen des Krieges auch nicht gut aufgestellt werden. Sehen wir den Fall, im Jahre 1914 hätten wir eine Erhöhung der Beiträge um 20 Pf. für Männer und 10 Pf. für Frauen bei einer Erhöhung der Streit-, Gemafregel- und Arbeitslosenunterstützung um die Hälfte gehabt, dann kann man beide Steigerungen einigermaßen berechnen und trotz der Bedenken (Kriegsverhältnisse lassen einen Vergleich nicht zu) doch Schlussfolgerungen ziehen. Es würde sich folgendes ergeben:

	1914	1915	1916	Zusammen
Mehreinnahmen an Beiträgen	1 503 000 Mk.	804 000 Mk.	664 000 Mk.	2 971 000 Mk.
Mehrausgaben für Streit-, Gemafregel- u. Arbeitsl.-Unt.	1 368 000 Mk.	383 000 Mk.	317 000 Mk.	2 068 000 Mk.
Ueberschuß	135 000 Mk.	421 000 Mk.	347 000 Mk.	903 000 Mk.

Von dieser Gesamtsumme von 903 000 Mk. muß die Ersparnis an der 1914/15 gekürzten Krankenunterstützung abgezogen werden, denn es muß mit ihrer zukünftigen Ausgabe und, wenn von einer Erhöhung die Rede sein soll, auch mit dieser ge-

rechnet werden. Nach der auf ein Mitglied entfallenden Summe von 4,49 Mk. im Jahre 1914 und 4,43 Mk. im Jahre 1915 würden das schätzungsweise 362 000 Mk. Unterstützung in beiden Jahren sein. Dazu die Steigerung um die Hälfte mit 181 000 Mark, zusammen 543 000 Mk., so daß noch ein Ueberschuß der Mehreinnahmen von 360 000 Mk. geblieben wäre. Die Folge wäre nicht ein Defizit von 300 000 Mk. in der Hauptkasse, wie es jetzt der Fall ist, sondern eine Stärkung der Finanzen um 60 000 Mark gewesen. Die zur Zeit ersparte Streikunterstützung wird in ihrer Wirkung auf die Kasse zum wesentlichen ausgeglichen durch die bisher gezahlte Notlage- und Arbeitslosenunterstützung. Die letzten drei Jahre hätten also die Ansammlung einer, wenn auch beschneidenden Reserve ermöglicht, den Mitgliedern hätten wir in der Zeit der Teuerung etwas mehr bieten können, der Kampf um das Dasein wäre uns in der Zukunft erleichtert worden.

Nun ist bis jetzt aus der Erhöhung der Leistungen und der Stärkung des Kriegsfonds nichts geworden. Aber wenn es gleich spät ist, zu spät braucht es doch noch nicht zu sein, um Schritte einzuleiten zur Besserung unsrer Hilfsektion, unsrer Macht und unsrer Erfolge. Die Mitglieder und die Funktionäre auf die Notwendigkeit hinzuweisen, ist die Aufgabe dieser Zeilen. Wo ein Wille ist, wird sich auch ein Weg finden lassen. Den Willen, unsern Mitgliedern möglichst gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, ihnen in diesem Kampfe durch möglichst hohe Streikunterstützung zu helfen, die Höhe des täglichen Lebens so weit als im Rahmen der Gewerkschaft möglich zu bannen, hat jedes Mitglied, da wird auch keiner sich weigern, die allein mögliche Hilfe durch größere Opfer zu bringen. Karl Thiemig.

### Scharfmacherpläne.

Unter dem Druck der immer noch wachsenden Teuerung haben die Arbeiter allerorts Lohnforderungen stellen müssen. Wo sie gut organisiert waren, haben sie teilweise recht beträchtliche Zugeständnisse der Unternehmer erhalten; wo sie wenig oder gar nicht auf ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß sich stützen konnten, haben sie zum Teil nur geringes Entgegenkommen gefunden. Ganz haben die Unternehmer die Forderungen nicht nur abweisen können. Sie hätten sich eben dann selbst den geduldsten Knecht von der Arbeit weggetrieben.

Die erreichten Lohnsteigerungen bleiben in den weitaus meisten Fällen hinter den Mehrausgaben zurück, die als Folge der Preissteigerungen erforderlich waren. In manchen Fällen werden sie ausgeglichen, und in einigen ganz wenigen mag der Arbeiter einen Ueberschuß erzielt haben. Im großen Durchschnitt ist jedenfalls die Preissteigerung erheblicher als die Lohnsteigerung. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft hat sich also verschlechtert.

Trotzdem sind die Unternehmer entrüftet über die unpatriotischen Arbeiter, die nicht willig und geduldig die ganze Last des Krieges tragen und den Unternehmern nicht die vollen Kriegsprüfung ungeschmäht zukommen lassen wollen. In den Unternehmerzeitschriften wird ganz unerbittlich aufgeföhrt, den Forderungen der Arbeiter mehr Widerstand entgegenzusetzen, und in den Unternehmerverbänden wird eifrig beraten, ob und wie sich die Löhne niedrig halten und da, wo sie hochgegangen sind, recht bald wieder herabdrücken lassen. Was bei diesen Beratungen herauskommt, zeigt ein Rundschreiben, das die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die Zentrale aller Arbeitgeberorganisationen, an ihre Mitglieder gerichtet hat. Es hat folgenden Wortlaut:

Wie bekannt wird, stellen die Arbeiter, namentlich der Rüstungsindustrie, vielfach außerordentlich hohe, meistens ganz unberechtigte Lohnforderungen; zum Teil werden diese Forderungen gestellt auf kollektivem Wege durch die Arbeiterausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz. Häufig soll es vorgekommen sein, daß beratige übertriebene Lohnforderungen, auch die Forderung von Mindestlöhnen, die Unterstützung staatlicher Stellen gefunden haben.

Die Arbeitgeber sind begehrlicherweise im vaterländischen Interesse zur Vermeidung der unsre Verteidigungskraft schwächenden Unterbrechung der Arbeit meist bereit, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Bei aller Anerkennung dieses Standpunktes ist es jedoch unbedingt geboten, darauf hinzuweisen, daß bei Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Arbeitern ebenso wie mit Behörden grundsätzliche Bedingungen ausdrücklich abgelehnt werden sollen. Es muß zweifellos festgestellt werden, daß unter dem Drange der Kriegswirtschaftlichen abgeregelter Zugeständnisse nur vorübergehende Geltung haben, und daß man nicht gewillt ist, sich in irgendeiner Beziehung für die kommende Zeit festlegen zu lassen. Alle Vereinbarungen sollen nur für vorübergehende Zeit oder für die Zeit des Krieges geschlossen werden. Das trifft namentlich zu für die Festsetzung von Mindestlöhnen, die die Arbeitgeber unter dem Druck der Verhältnisse hier und da vielleicht zugestehen müssen. Mit aller Entschiedenheit werden sich jedoch die Arbeitgeber gegen das Mitreden der Arbeiter oder Arbeitervertreter bei der Festsetzung der Warenverkaufspreise wenden.

Geschieht unzulässig ist es, wenn Arbeiterausschüsse Lohnsteigerungen fordern und nach Ablehnung dieser Forderung den Schlichtungsausschuß nach § 9 Absatz 2 kollektiv wegen Erteilung des Abwehrrechts anrufen. Der Abwehrbescheid kann kollektiv nicht verlangt werden, er kann vielmehr nur von dem einzelnen Arbeiter oder doch nur mit ausdrücklicher Vollmacht jedes einzelnen Arbeiters eingeföhrt werden.

Wie es mit der Verechtigung der Lohnforderungen steht, ist einzeln zu sagen. Wer sie bestreitet, hat entweder keine Ahnung von den Wirkungen der Preissteigerung auf den Arbeiterhaushalt, oder aber er will mit solchen Behauptungen die Öffentlichkeit irreföhren. In beiden Fällen besteht keine Notigung, auf die Notlage der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer, die dem eben wiedergegebenen Rundschreiben zustimmen, kein Bedenken tragen werden, jede Gelegenheit zu Suchtörungen zu benutzen, sobald solche durchzuführen sind. Jetzt fehlt es noch an der Macht dazu, weil die Arbeitskräfte rar sind. Mit Kriegsende wird jedoch, so hoffen die Unternehmer, wieder ein Ueberschuß an Arbeitskräften da sein, und dann wollen sie die Kürzungen durchsetzen ohne Rücksicht auf die Teuerung.

Bezeichnend ist der Hinweis darauf, daß die Forderung der Arbeiter nach Mindestlöhnen zum Teil sogar, man glaubt es nicht, die Unterstützung staatlicher Stellen gefunden hat. Gegen diese staatlichen Sünden wider

das gesetzlich vorgeschriebene Recht der Unternehmer sind die Scharfmacherorganisationen an den ihnen zugänglichen Stellen und mit der bei ihnen bekannten Energie vorstellig geworden. Soweit bekannt geworden ist, nicht ohne Erfolg. Wenigstens berichtete auf einer Einigungs-Verhandlung, die vor einiger Zeit in Reichensbach i. Schl. stattfand, der Vorsitzende des Verbandes schlesischer Zementindustrieller, Fabrikant Fleischer, nach einer Mitteilung der Kriegsamtsstelle Breslau, daß die Kriegsamtsstelle des ganzen Reiches auf einer Konferenz in Berlin von der unter General Groeners Leitung stehenden Zentrale die Weisung erhalten haben, künftig Mindestlöhne nicht mehr zuzulassen. Die Gewerkschaften vom Zementarbeiterverbande mitteilt, ist ein Schreiben mit entsprechender Weisung auch an den Vorsitzenden der Schlichtungsstelle Dleguis ergangen und von diesem gelegentlich einer Verhandlung vorgelesen worden. Danach ist also dem sozialen Verhältnis der Kriegsamtsstellen der von den Unternehmern genutzte Baum angelegt worden. Uebbrigens ist inzwischen auch der Leiter des Kriegsamts, General v. Groener, von seinem Posten zurückgetreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Rücktritt mit dem Vorgehen der Unternehmerverbände zusammenhängt. Bisher haben die Scharfmacher ja noch jeden „Keim getriegt“, der nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollte.

### Kapitalverwässerungen.

Schon in Friedenszeiten war die sogenannte Kapitalverwässerung, das ist die unnötige Erhöhung des Aktienkapitals, ein beliebtes Mittel der Aktiengesellschaften, übermäßig hohe Gewinne ohne Erregung der Öffentlichkeit an die Aktionäre zu bringen. Besonders beliebt war dieses Mittel bei den Aktiengesellschaften der chemischen Industrie, deren Erträge bekanntlich überaus hoch sind.

In der Kriegszeit sind bekanntlich für viele industrielle Gesellschaften die Gewinne ganz außerordentlich gestiegen. Gleichzeitig ist das Bedürfnis, sie zu verstecken, größer geworden. Einmal, um der verschärften Besteuerung zu entgehen, dann, um die jetzt leichter erregbare Öffentlichkeit nicht allzu sehr zu erbittern. Man verwässert also noch eifriger als in Friedenszeiten. Das gefällt aber nun den Kreisen nicht, die Deutschlands Finanzwirtschaft ordnen, vor allem für die Aufbringung der Kriegsanleihen sorgen sollen. Denn je mehr Geld durch Kapitalverwässerungen dem Geldmarkt entzogen wird, um so weniger bleibt zur Zeichnung der Kriegsanleihen übrig.

Solche Erwägungen haben zu der von uns an dieser Stelle schon einmal erwähnten Weisung des preussischen Handelsministers geführt, nach der die verwässerten Aktien nicht zum Börsenhandel zugelassen werden sollen. Bisher sind zwei Gesellschaften von dieser Maßregel betroffen worden: die Vereinigten Glasstofffabriken in Eibersfeld und die Kronprinz-Akt.-Ges. für Metallindustrie. In einer Beleuchtung der Ursachen und Wirkungen der Kapitalverwässerungen bei diesen Unternehmungen schreibt Artur Norden im „Berliner Tageblatt“:

Die eine der befristeten Gesellschaften ist die Aktiengesellschaft Vereinigte Glasstofffabriken in Eibersfeld. Sie hat, obwohl sie über reichliche Mittel verfügte, und trotz rechtzeitig empfangener Warnung, zu Ende des vergangenen Jahres ihr Kapital von 7 1/2 auf 15 Millionen Mark erhöht, also verdoppelt. Daß ein Geldbedarf bei der Gesellschaft vorhanden war, wird vom Handelsminister und den Stellen, die ihn beraten haben, bestritten; auffällig ist es jedenfalls, daß die Gesellschaft bei der Kapitalerhöhung nicht das hohe Aufgeld ihrer alten Aktien (der sogenannte Zerserfas betrug 500 Prozent) nutzbar gemacht, also beispielsweise 2 Millionen Mark Aktien mit 375 Prozent, sondern 7 1/2 Millionen Mark mit 100 Prozent ausgegeben hat. Für den Geldmarkt kommt das auf das gleiche heraus, nicht aber für die Gesellschaft. In dem einen Falle hätte sie aus dem Erlös der Kapitalerhöhung 5 1/2 Millionen Mark den Reserven zuzuführen und nur 2 Millionen Mark dem Aktienkapital zuzuführen gehabt, im anderen Falle bleibt für die Reserven nichts, für das Aktienkapital alles. In dieser Weise pflegen vorzüglich solche Aktiengesellschaften im allgemeinen nicht vorzugehen, wenn der Geldbedarf das ausschlaggebende Moment für die Kapitalerhöhung ist. Man müßte dann lieber eine kleine Kapitalerhöhung gegenüber einer großen Nachlassigkeit, wofür dann falls das neu gewonnene Geld nicht entsprechende Früchte bringt, gleichwohl die Notwendigkeit entfällt, die Dividende wesentlich zu ermäßigen. Es müssen also schon besondere Gründe vorliegen, die die Verwässerung der Aktienkapitalien bei ihrem Vorgehen gebietet haben, und einer dieser Gründe, vermutlich die Hauptursache, ist die Verwässerungssucht. Man will die Dividende herabdrücken, freilich ohne Schädigung der Aktionäre. Dann wenn ein Aktionär, der vor dem eine Aktie besitzt und 50 Prozent gleich 500 Mk. Gewinnsanteil erhalten hat, später nach dem Steige der Aktien auf 100 Prozent eine Dividende von 17 1/2 Prozent gleich 850 Mk. empfängt, so hat sich für ihn eigentlich nichts geändert. Er kann sich 500 Mk. von den 550 Mk. als die Hälfte der alten Aktien und 50 Mk. als die entsprechende halbe Dividende der neu angelegten 1000 Mk. bezeichnen. Die Gesellschaft hätte diese 50 Mk. ohne weiteres herausbezahlt, wenn sie für den Erlös der neuen Aktien keine Aktienkapitalien aussetzte. Dann würde auch die Kriegsanleihe nicht so hart kommen. Denn hat die Aktiengesellschaft die alte Dividende nicht, so ist das natürlich gefahrlos. Sie geht nur die Kapitalerhöhung des Aktienkapitals, die nicht sein soll, und hat nicht, wenn sie für den Erlös der neuen Aktien keine Aktienkapitalien aussetzt.

Warum erwidern nun manche Kapitalverwässerungen? Solche Fälle kommen auch in Friedenszeiten vor, aber nicht so häufig, wie im Kriege mit seinen ungeheuren Kosten. Die Verwässerung ist ein Mittel, um die Spekulationen der Aktionäre zu befriedigen, durch hohe Gewinne an die Aktionäre zu geben, die wieder werden, man will insbesondere dann, wenn man weitere Gewinnsteigerungen vermeiden will, die Notwendigkeit entgegen, die Dividende noch weiter beträchtlich zu erhöhen zu lassen. Für den Kapitalmarkt selbst ist es, wie schon oben gesagt, genau genommen gleichgültig, ob 7 1/2 Millionen Mark Aktien à 100 Prozent oder 2 Millionen Mark Aktien à 375 Prozent ausgegeben werden. Aber abgesehen davon, daß gerade die Schaffung des höchmöglichen Aktienkapitals die Verwässerungssucht klar in Erscheinung treten läßt, erfolgt auch eine unnötig große Verwässerung des Aktienkapitals, die auf die Spekulationen der Aktionäre deshalb anregend einwirkt, weil es leichter ist, fünf Käufer für fünf Aktien bei einem niedrigen Kurse zu gewinnen, als einen Käufer für eine Aktie mit hohem Aufgeld. Dazu kommt, daß nach der gewonnenen Erfahrung für die Spekulation ein besonderer Anreiz darin be-

steht, wenn eine Gesellschaft, deren Aktien mit einem großen Aufgeld bezahlt werden, plötzlich dazu schreitet, neue Werte ohne jedes Aufgeld (Aufgeld) zu emittieren.

Die Kronprinz-Akt.-Ges. für Metallindustrie zu Dhlga, die mit der gleichen Strafe wie die Aktiengesellschaft Vereinigte Glasstofffabriken belegt worden ist, hat sogar ihre Aktien gewissermaßen ohne Gegenwert ausgeben: Freilich nur „gewissermaßen“, denn die Ausfolgung der neuen Aktien erfolgt zu Lasten der älteren oder noch zu erzielender Gewinne, d. h. die Einzahlung wird aus diesen geleistet. Man kann denn auch nicht ohne weiteres behaupten, daß hier keine Belastung des Kapitalmarktes stattfindet. Es wird eben den Aktionären das Geld, auf das sie Anspruch haben, durch mittelbaren Zwang vorenthalten, der darin besteht, daß die Einzahlung, die den Aktionären wahlweise angeboten wird, nicht den gleichen Wert hat, wie das Bezugsrecht auf die neuen Aktien.

Die Kapitalverwässerungen können den Gesellschaften noch einen besonderen Vorteil bringen, nämlich den einer Ermäßigung der Staatseinkommensteuer. In Preußen haben die Aktiengesellschaften das Recht, von dem steuerpflichtigen Gewinn 1/2 Prozent des Aktienkapitals abzuziehen; der steuerfreie Betrag wächst mithin an sich mit der Höhe des Aktienkapitals. Freilich braucht die Verwässerung nicht ohne weiteres zu einer Verminderung der Steuer zu führen, nämlich dann nicht, wenn sie mit einem Geldzufluß verbunden ist, der ja auch seinerseits zinstragend wirkt und mithin den steuerpflichtigen Betrag erhöhen muß. Um das an einem Beispiel zu zeigen: Eine Gesellschaft mit 1 Million Mark Kapital hat 20 Prozent Gewinn gleich 200 000 Mk. erzielt. Sie gibt 1 Million Mark neue Aktien zum Nennwerte aus, ohne für das Geld eine andre Verwendung zu machen als die der Anlage in Kriegsanleihe. Bei im übrigen gleichbleibendem Ertrage würde dann im zweiten Jahre der Gewinn sich nicht mehr auf 200 000 Mark, sondern auf 250 000 Mk. belaufen. Im ersten Jahre würde die Steuer zu zahlen sein von (200 000 - 35 000 Mk. gleich) 165 000 Mk., im zweiten Jahre von (250 000 - 70 000 Mk. gleich) 180 000 Mk. Jeder Geldzufluß schließt zunächst die Herabsetzung der Steuer aus, aber es ist ein Unterschied in Bezug auf die Steuerpflicht, ob z. B. 1 Million Mark der Gesellschaft durch die Ausgabe von 500 000 Mk. oder durch die Ausgabe von 1 Million Mark Aktien zuzuführen. In dem einen Falle wären in der Folge (3 1/2 Prozent von 1 500 000 Mk.) 525 000 Mk., in dem zweiten Falle (3 1/2 Prozent von 2 Millionen Mark) 700 000 Mk. Mark abzugsfähig. Da die Verwässerung gerade in der Ausgabe eines möglichst hohen Aktienbetrages besteht, so wirkt sie, wenn auch nicht absolut, so doch relativ steuermindernd. Eine absolute Steuerminderung ergibt sich bei einer Verwässerung, die in der Auflösung freier Reserven besteht. Wenn eine Gesellschaft mit 1 Million Mark Aktienkapital 500 000 Mk. Rücklagen als Einzahlung auf einen gleich hohen Betrag neuer Aktien benutzt, so tritt ohne weiteres (bei unverändertem Gewinn) eine Steuerermäßigung ein.

Die Verwässerung kann sich als die Vorstufe einer ungeordneten Dividendenpolitik erweisen, wenn neues Geld ohne wirklichen Bedarf herbeigekommen wird, und dieses in vollem Umfange als Aktienkapital und nicht als Reserve verbucht wird. Auf der andern Seite kann die Verwässerung gerade umgekehrt ein Akt der Vorsicht sein, nämlich dann, wenn die Gesellschaft, anstatt die Gewinne voll in bar auszuschütten, Teile davon dadurch zurückhält, daß sie den Aktionären kostenlos Aktien übergibt. Hier kann die Vorsicht dadurch gesteigert werden, daß die Anrechnung der kostenlos emittierten Aktien nicht zum Nennwerte, sondern mit einem entsprechend hohen Aufgelde erfolgt. Denn das würde nach der gesetzlichen Bestimmung, laut der das Aufgeld dem gesetzlichen Reservefonds zugerechnet werden muß, die Umwidmung von freien Gewinnen in Rücklagen zur Folge haben.

Diese sehr vorzüglich formulierten Betrachtungen eines Eingeweihten zeigen, worauf es den Kapitalisten bei ihren Verwässerungen ankommt: Sie wollen den Arbeitern Sand in die Augen streuen und den Staat um die Steuern prellen. Sehr loblich: Wäghen!

### Noch einmal die Kriegsteilnehmerorganisation.

Wir Genußmenschen nehmen ich all die Stimmen, die sich gegen die Gründung einer Zentralorganisation für Kriegsteilnehmer wenden. Ich wage zu behaupten, daß die Zahl der feldgrauen Kollegen, die eine derartige Organisation für notwendig erachten, rechtswahrscheinlich kein ist. Täglich läßt sich auch kein einziger stichhaltiger Grund für eine solche Gründung finden.

Wacht nicht jemand im Geiste daran, daß eine Organisation der Kriegsteilnehmer die Interessen der „Rückwärtigen“ oder der Kriegsteilnehmer besser wahren könnte als es eine partei in langjähriger Tätigkeit erreichen könnte? Oder haben die bestehenden Organisationen ihre Qualifikation nicht auch dadurch bewiesen, daß sie mit Energie sich der auf dem Schlachtfeld der Arbeit stehenden Kameraden annehmen? Liegt in der Verdrängung zu kommen, janitscherischer Kameradschaft zu sein, daß man wohl auch behaupten, daß das Bestehen „Arbeitervereinigungen ausländischer“ in unseren Reihen, auch nach dem Kriege, nicht so groß sein wird, daß dazu die Gründung besonderer Organisationen nötig wäre!

Die vorstehenden Äußerungen lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der Verdrängungskampf der Arbeitsteilnehmer auch nach dem Kriege als erste Kräfte anspannen wird. Was was nach dem Kriege doppelt nur um wird, ist eine partei Organisation, die den, zum Teil durch die Kriegswirtschaft noch erhaltenen, Großkapitalismus, die Stürze brechen kann. Gehen wir nicht schon immer durch Gegenmaßnahmen und bewertige Arbeit genug Schereisen? Unser aller Kampf ist nur, daß wir recht bald in die Reihen unserer Berufsvereinigungen zurückkehren können, und daß wir dort das Gebäude der Arbeiterorganisationen, das durch den Kriegszustand gelitten hat, in einer Verjüngung aufbauen, die es uns ermöglicht, ohne Verzug gemeinsam an der Wiederaufbauarbeit zu arbeiten.

Darum, Kollegen! Sehen wir alle unsere Kräfte ein, auch die letzten unserer Berufskollegen und -kolleginnen in unsere Reihen einzuschließen, lassen wir geistige Mittel, um zu verstehen, daß durch Grenzstreitigkeiten und hergeleitete neue Missionen gehört werden, schämen wir uns nicht, wenn es uns gelingt, den Parteipolitiken aus unsern Verbänden fernzuhalten, weisen wir aber auch ganz besonders den Gedanken an die Gründung irgendwelcher Sonderorganisationen mit Entschiedenheit ab.

Ep. Singen.  
Nachwort der Redaktion. Mit dieser Ausgabe schließen wir vorläufig diese Auseinandersetzung ab. Sie wird später, wenn sich die Dinge besser übersehen lassen, wieder aufgenommen werden müssen. Allen Kollegen aus dem Felde, die durch Beiträge ihre Interessen an der Tagespolitik bekunden, besten Dank.

## Aus der Industrie

### Keramische Industrie

#### Allerlei Offenheiten eines Ziegeleibesitzers.

Die Ziegeleibesitzer sind in den letzten Monaten besonders rührig bei der Arbeit, für ihre Unternehmungen gesetzliche Hilfe herauszuholen. Einmütigkeit herrscht bei ihnen darüber, daß Vater Staat der Ziegelindustrie aufhelfen muß. Nur über die Art, wie das geschehen kann und soll, herrscht noch keine Einmütigkeit. Die einen befürworten eine Ziegeleier auf der Grundlage, daß neu gegründete Ziegeleien einen höheren Steuersatz bezahlen müssen und dadurch im Wettbewerb benachteiligt werden; andre sind für ein billiges Verbot von Neugründungen, wieder andre verlangen gesetzliche Kontingentierung, d. h. Festlegung einer Höchstmenge für die Erzeugung, noch andre fordern das Zwangs Syndikat und Stilllegung leistungsschwacher Betriebe — kurz, es ist ein rechtliches Durcheinander von Forderungen und Vorschlägen.

Die Regierung ist nicht abgeneigt, zu helfen. Soweit wir unterrichtet sind, berät sie schon längere Zeit mit Unternehmervertretern aus der Ziegelindustrie über die beste Art der Hilfe. Es sollen sogar diese Beratungen schon zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Ergebnis der Beratungen ist angeblich ein auf Zusammenschluß der Industrie unter Stilllegung und Entschädigung der leistungsschwachen oder ungünstig gelegenen Betriebe gerichteter Plan. Da man Arbeitervertreter auch zu diesen Beratungen nicht zuzieht, die Unternehmer aber zum Stillschweigen ausdrücklich verpflichtet worden sind, können wir für die Vollständigkeit dieser Mitteilungen nicht bürgen. Jedenfalls sind umfangreiche Vorberatungen im Gange und in absehbarer Zeit wird sich zeigen, was dabei herauskommt.

Was uns heute veranlaßt, auf die Frage zurückzukommen, ist ein Aufsatz eines Herrn Fritz Rüder in Nr. 59/60 der „Deutschen Zöpfer- und Zieglerzeitung“. Der genannte Herr untersucht dort, wie so viele seiner Kollegen, was der Krieg der Ziegelindustrie gebracht hat und was der Friede ihr bringen muß. Worauf seine Untersuchungen hinführen und was dabei herauskommt, ist unsern Mitgliedern klar, auch ohne daß wir näher darauf eingehen: Der Krieg hat große Verluste gebracht, der Friede muß hohe Gewinne bringen. Das ist das alte Lied. Wobei wir durchaus anerkennen, daß es von manchem Ziegeleibesitzer nicht ohne Grund angestimmt wird.

Im Laufe seiner Betrachtungen entschlüpfen nun dem Herrn Rüder einige Geständnisse, auf die wir zurückkommen müssen. Abschließend an die Feststellung, daß die Lage der Ziegelindustrie schon vor dem Kriege „höchst traurig“ war, schreibt er:

„Ihre Mitglieder (die Ziegeleibesitzer) wurden für ihre Arbeit nicht entlohnt und die in ihrer beschäftigten Beamten und Arbeiter — dies ist auch wichtig, festgestellt zu werden — konnten in den Löhnen den Arbeitern anderer Industrien nicht gleichgestellt werden.“

Da haben wir endlich einmal aus dem Munde, richtiger aus der Feder, eines Unternehmers das offene Eingeständnis, daß die Ziegeleiarbeiter niedriger entlohnt wurden als die Arbeiter in anderen Industriezweigen. Früher wurde das immer bestritten. Da sprechen die Ziegeleibesitzer sich auf als die gutzulassenden Unternehmer, bei denen die Arbeitsbedingungen des gewerkschaftlichen Eingreifens nicht bedürften. Verweisen wir auf die Heranziehung der ausländischen Arbeiter und betonen dabei, daß das nur gesetzliche, um billigere Arbeitskräfte zu haben, so wurde dies bestritten. Dann sagten die einen, der deutsche Arbeiter wolle die schmutzige Arbeit nicht machen, andre versicherten, die Ausländer leisteten mehr, wieder andre führten noch andre Gründe ins Feld. Herr Rüder ist auch da offenerzig: Er gesteht ohne Umschweife:

„Ausländer zu billigen Löhnen wurden herangezogen, um einigermaßen die Produktionskosten zu drücken.“

Für dieses ehrliche Eingeständnis sind wir dankbar. Sollten die Ziegeleibesitzer auch nach diesem Kriege wieder ähnliche Gelüste bekommen, so werden wir sie gelegentlich an die Offenheit des Herrn Rüder erinnern.

Doch dem schreiblustigen Herrn entschlüpft noch ein andres Geständnis, das für uns von ganz besonderem Wert ist. Er schreibt:

„Ich werde die Neuerung eines Ziegeleibesitzers nicht verzeihen, dessen Fabrik in einem Industriebezirk liegt und dem die Löhne seiner Arbeiter durch eine sozialdemokratische Gewerkschaft auf die Höhe anderer Industrien geschraubt wurden. Er meinte: „Wenn das Mittel nicht zu gemein wäre und man der Sozialdemokratie nicht zu viel Macht in die Hände spielte, wäre ich versucht, hinzugehen und ihnen zu sagen, sie sollten in der ganzen Ziegelindustrie mal revidieren und die Löhne gleichmäßig in die Höhe schrauben.“

Bekanntlich befreiten die Unternehmer in der Regel, daß der Einfluß der Gewerkschaften lohnteigernd wirkt. Erst kürzlich mühte sich die „Arbeitszeitung“ um den Nachweis, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf den Lohn gleich Null ist. Partei Verleumdungen glaubt nun zwar kein vernünftiger Mensch, immerhin ist es gut, wenn man das Zeugnis der Unternehmer, die es wissen müssen, dagegen anführen kann. Unter diesem Gesichtspunkte begrüßen wir die Feststellung, daß unser Verband — ein anderer kann kaum gemeint sein, obwohl wir die Bezeichnung „sozialdemokratische Gewerkschaft“, nicht als Beleidigung, aber als unzutreffend, ablehnen — die Löhne bei dem Kollegen des Herrn Rüder „auf die Höhe anderer Industrien“ heraufgeschraubt haben. Dabei versichern wir zugleich, daß uns das schon in recht vielen Ziegeleien gelungen ist und hoffentlich in noch mehr in Zukunft gelingen wird.

Schlüssig ist die Entrüstung des so „heraufgeschraubten“ Ziegeleibesitzers. Allerdings auch herzlich einfüßig. Denn er darf versichert sein, daß unser Verband nicht wartet, bis er kommt und uns auffordert, wir sollten „in der ganzen Ziegelindustrie mal revidieren und die Löhne gleichmäßig in die Höhe schrauben.“ Soweit die Vorbedingungen dazu gegeben sind, tun wir das ohne seinen Rat, und wo sie nicht gegeben sind, unterlassen wir es trotz seiner Aufforderung. Er würde uns also wirklich keine „Macht in

die Hände spielen", wenn er seinen von totaler Unkenntnis der Gewerkschaften zeugenden Rat bei uns anbringen wollte.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch einmal aus der Schule plaudern. Der Kollege des Herrn Müller hat Gefinnungs- und Seidenagenossen, die nicht soviel Bedenken hegen, sondern die Auf-forderung, die Abne der Ziegeleiarbeiter „auf der ganzen Linie“ hochzuschrauben, ganz offen an Verbandsstellen richteten.

Papier-Industrie

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft im Jahre 1916.

Seit Jahren haben wir die Berichte der Papiermacherberufsgenossenschaft besprochen; bieten sie der Arbeiterkraft doch manchen wissenswerten Einblick nicht nur in die Lohnverhältnisse, sondern auch in das Reich der Unfallgefahren. Trotz Krieg und Papiermangel wollen wir auch in diesem Jahre unsern Kolleginnen und Kollegen aus der Papierindustrie das Hauptsächliche aus dem Bericht mitteilen, soweit wir dazu in der Lage sind.

Seit dem Jahre 1913 ist die Zahl der Betriebe, die unter Aufsicht der Genossenschaft stehen, um 196 oder um 10,5 Prozent gesunken. Noch stärker sank die Arbeiterzahl. Während 1913 noch 97 758 Vollarbeiter in der Papiermacherei tätig waren, wurden 1916 nur noch 73 179 beschäftigt, so daß die Zahl der Vollarbeiter seit 1913 um 25,1 Prozent gesunken ist.

Die Folgen dieser Maßnahmen kommen auch in den Zahlen der angemeldeten Unfälle zum Ausdruck. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug seit 1913:

Table with 3 columns: Jahr, Zahl der gemeldeten Unfälle, Auf 1000 Beschäftigte. Rows for years 1913, 1914, 1915, 1916.

Seit der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an Maschinen, die den Unternehmen im Jahre 1915 erst an langsam laufenden Maschinen gestattet wurde, ist die Zahl der gemeldeten Unfälle sowohl absolut wie auch prozentual gestiegen.

Ohne den Ausbruch des Weltkrieges wäre das Ideal vieler Unternehmer, billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten, wohl niemals so reiflos in Erfüllung gegangen wie während der Kriegszeit. Trotz aller Behauptungen der Unternehmer und ihrer Presse über die „gewaltig gestiegenen Arbeiterlöhne“ beweist der Berufsgenossenschaftsbericht, daß die Ausschneiderei über die angeblichen Lohnsteigerungen „gewaltiger“ war als die Lohnsteigerungen selbst.

Unfälle in der Papierindustrie.

In der Papierfabrik in Krappitz kam der 16jährige Arbeiter Georg Schreiber zwischen die Walzen und wurde von diesen bis an den Kopf zerquetscht.

In der Papierfabrik Wildbad ist der seit Jahrzehnten angestellte Glühheizer Wader dem Hauptriemen der Dampfmaschine zu nahe gekommen und wurde von der Verschlusschraube am Kopfe lebensgefährlich verletzt.

In der Erbschlag Papierfabrik in Straupitz, Schlesien, wurde die seit 22 Jahren beschäftigte 60jährige Arbeiterinwitwe Christiane Kunz von einem herumgeschleuderten Stücke einer gepflanzten Nierensteine mit solcher Wucht in den Rücken getroffen, daß ihr mehrere Rippen gebrochen und die Wirbelsäule verletzt wurde.

Chemische Industrie

Was geht in der Kaliindustrie vor?

Als der Reichstag im Mai d. J. die Kalipresse erhebt, aber nicht ganz so stark wie die Kaliherrn beantragten, heraufsetzte, klagen die Unternehmer über unzureichende Maßnahmen. Sie behaupteten, die Erhöhung bliebe hinter dem unbedingt Nötigen zurück, sie bringe keinen Ausgleich für die Steigerung der Erzeugungskosten.

Merkwürdigerweise hat nun aber seit der Preiserhöhung eine starke Spekulation in Kaliverwerten eingesetzt. Die Kapitalisten reißen sich um die Anteile an Kaliverwerten und treiben die Preise sprunghaft hoch. Wie im Handelstiel des „Berliner Tageblatts“ mitgeteilt wird, haben die Kaliverwerter des früheren Höchsturses meist erheblich überzogen.

Worauf gründet sich nun diese Erwartung? Berechnen die jetzigen Preise und Betriebsgewinne zu solchen Hoffnungen, so war und ist das Gehälte der Kaliverwerber über unzureichende Preise eine plumpe Täuschung. Oder haben die Herren etwa schon die Zusicherung erhalten, daß die Regierung weitere Preiserhöhungen befürwortet und damit die Hoffnungen gewinnstüchtiger Kapitalisten befriedigen wird?

Schwefel und Schwefelsäure in Deutschland.

Zu den Rohstoffen, die Deutschlands chemische Industrie vor Kriegsausbruch in der Hauptsache aus dem Auslande bezog, gehört auch der Schwefel. Zum Teil wurde er aus Italien eingeführt, vor er bergmännisch gewonnen wird, zum Teil kam er in Form von Schwefelkies aus Norwegen, Portugal und Spanien.

„Herr Cochin weiß ausnehmend nicht, daß wir beträchtliche Lager an Schwefelkies haben, die neben der reichlich vorhandenen Zinkblende, deren Gewinnung während des Krieges stark gesteigert worden ist, fast den ganzen Bedarf an Schwefel decken.“

Bergiftung durch Blausäure.

Aus dem Felde schreibt uns Kollege Lamprecht: We mit von privater Seite mitgeteilt wurde, haben durch Blausäurevergiftung vier Arbeiter der Höchster Farbwerke das Leben verloren.

Darum, Ihr Arbeiter der Farbwerke, auch Ihr Kellnerinnen, organisiert euch und erkämpft bessere Zustände; denn es geht um eure Gesundheit!

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Extrabeiträge im Brauereiarbeiterverband.

Der Vorstand des Brauereiarbeiterverbandes teilt im Verbandsorgan mit, daß er, gemeinsam mit dem Verbandsauschuß und den Vertretern der größeren Brauereien, die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Woche beschlossen hat.

Die Folgen der Aufrechterhaltung aller Unterstützungen für die dahingestiegenen Mitglieder und die Gewährung von Räumlichkeiten, Sterbegeldern und Beerdigungsauslagen an die Familien der Kriegsteilnehmer sind nun die, daß während des Krieges bis Ende 1916 die Verbandskasse 493 556 Mk. mehr ausgegeben hat, als sie während der gleichen Zeit aus Beiträgen, Eintrittsgeldern und sonstigen Einnahmen vereinnahmte.

Dabei ist noch zu beachten, daß während des Krieges Streikunterstützung nicht zu zahlen war. Der Vorstand, indem die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, hält noch an, so daß der Verbandsvorstand einen Ausweg suchen mußte, um das Gleichgewicht der Verbandsfinanzen wiederherzustellen.

Der Bauarbeiterverband im Jahre 1916.

Die seit Kriegsbeginn eingeschränkte private Bauarbeit ist in dem letzten Jahre, bis auf wenige notwendige Ausbesserungs- und Ergänzungsarbeiten, ganz eingestellt worden. An ihre Stelle sind die Bauten getreten, die für die Rüstungsindustrie hergestellt werden.

griffen, die dem mittel- und unmittelbaren Heeresbedarf dienstbar gemacht werden sollen. Was an Bauarbeitern nicht zum Heeresdienst einberufen war, fand an diesen Baustellen, von denen einzelne mehr als tausend Arbeiter aufgenommen haben, reichlich Beschäftigung.

Die an sich nicht ungünstige Lage der Beschäftigungsmöglichkeit hat indessen einen weiteren Rückgang des Verbandes und seines Vermögens nicht verhindern können. Die fortwährenden Einberufungen zum Heere blieben auch in diesem Jahre noch zu groß, um neben dem Abgang aus andern Umständen durch Neuaufnahmen die Mitgliederzahl auf gleicher Höhe halten zu können.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes verzeichnen eine Einnahme von 3 522 097 Mk. und eine Ausgabe von 4 677 495 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf die Unterstützungen 2 966 434 Mk., wovon der Hauptbetrag von 2 123 885 Mk. auf die Familienunterstützung der im Felde stehenden Mitglieder entfällt.

Von besonderer Bedeutung war die umfangreiche Tarifbewegung während des Berichtsjahres. Ihr voraus ging eine Sondervereinbarung für das Wiederbaufeldgebiet für Ostpreußen, durch die die Löhne durchweg um 25 Pf. und darüber hinaus erhöht wurden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Lohnbewegungen im zweiten Quartal. Das zweite Viertel des laufenden Jahres hat uns zahlreiche Lohnbewegungen gebracht, die meist mit gutem Erfolg beendet wurden.

Für unsre Kollegenschaft der Metallgesellschaft für Anilinfabrikation wurden die Teuerungszulagen wie folgt erhöht: Verheiratete und Personen, welche einen selbständigen Haushalt führen (Männer und Frauen), erhalten 70 Mk. anstatt wie bisher 50 Mk. pro Monat.

In Gummieregenerierwerk Frankl u. Runge wurden die Löhne um 4,20 bis 9 Mk. die Woche erhöht. Für die Deutschen Kabelwerke konnten wir im vergangenen Quartal eine Bewegung führen, welche die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden vergrößerte und außerdem 20 Prozent Lohnzulage brachte.

In den Deutschen Ton- und Steinzeugwerken in Charlottenburg wurden die Verdienste um 6,33 bis 11,01 Mk. pro Woche erhöht. Die Kunststeinarbeiter bei den Firmen Gehr, Jätschke und Czarnikow u. Co. schlossen sich in bedingter Form dem Vorgehen der Bauarbeiter an.

Für die Kornbrannweins-, Spirit- und Preßhefefabrik M. H. Müller wurde die am 1. April eines jeden Jahres fällige Jahreszulage von 1 Mk. pro Woche auch diesmal auf dem Verhandlungswege für alle Beschäftigten erreicht.

Das Resultat aller Bewegungen ist: Für 4313 Personen wurden Lohnzulagen von zusammen 22 041,74 Mk. in einer Woche erreicht. Für 570 Personen konnte die Arbeitszeit um 420 Stunden pro Woche vergrößert werden. Neuaufnahmen sind im zweiten Vierteljahr 1319 gemacht.

Einshera. Die Kollegen und Kolleginnen in den zürichsigen Betrieben hielten sich schon in den Jahren 1915 und 1916 demnach, wegen der Teuerung die Organisationsleitung zu beantragen, bei den Unternehmern wegen Lohn- resp. Teuerungszulagen vorstellig zu werden.

Bei der Firma Wagner u. Co., Magarinerwerk, wurde die Teuerungszulage von 4 Mk. auf 9 Mk. pro Woche erhöht. Bei der Firma Hagemann, Extraktionswerk, wurde die Teuerungszulage pro Woche um 6 Mk. aufgebessert auf 4 Mk. auf 10 Mk.).

Auf die Städtische Gasanstalt Finowberg erhöhte den Stundenlohn um 20 Pf., so daß der Tagelohn jetzt 8,40 Mk. beträgt. Bei der Firma Schickauwerke, Barnstedt, wurde eine Lohnsteigerung von 30 Prozent bewilligt.

6 Mt. Teuerungszulage; während des Krieges sind nun auch verschiedene Arbeiterinnen beschäftigt, diese erhalten nur ihre 40 Pf. Stundenlohn und keine Teuerungszulage. Sie sind nicht organisiert und müssen, da der Zusammenhalt fehlt, mit dem ausfinden sein, was sie erhalten. — Die Arbeiterinnen bekommen pro Tag 1 Mt. Teuerungszulage, ferner haben die am Morgen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pf., die im Betrieb beschäftigten eine solche um 7 Pf. pro Stunde erhalten. Für die Kinder der Arbeiter der Gaswerke, Kanalisation, Straßen- und Abfuhrarbeiter wurde ferner eine Teuerungszulage von 2 Mt. pro Monat für jedes Kind bewilligt.

Bei der Firma Carstens, Steingutfabrik, wurde der Stundenlohn wohl wegen der Knappheit von Arbeitskräften im einzelnen erhöht; trotzdem sind dort heute noch Stundenlöhne für Arbeiterinnen von 26 und 28 Pf. anzutreffen. Wie sich eine Arbeiterin damit in der heutigen Zeit durchfinden soll, ist unbegreiflich. Deshalb darf unsere Aufklärung nicht erlahmen, damit auch diese Arbeiterinnen in unsere Reihen eintreten, und wir dann geschlossen für diese bessere Verhältnisse schaffen können.

Frankfurt a. M. Die Arbeiter der Farb- und Gerbstoffwerke Carl Gleich jun., deren Tarifverhältnis am 31. Juli abgelaufen war, haben eine Lohnverbesserung gefordert. Die Löhne betragen bisher 48 bis 51 Pf., sind aber während des Krieges bis auf 62 Pf. erhöht worden. Außerdem erhielten die Arbeiter noch besondere Bezahlung, z. B. für das Baden von Wäsche je 15 Sack eine Ueberstunde; anstatt 9 wurden 11 und 13 Stunden gezahlt usw.; auch eine Kriegszulage von 6 Mt. pro Woche wurde gewährt. Die Forderung lautete nunmehr auf 1 Mt. Stundenlohn unter Wegfall aller sonstigen Bezahlungen. Nach wiederholter Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, 15 Prozent auf die Gesamteinnahmen der Arbeiter zuzulegen. Mit dieser Regelung erklärten sich die Arbeiter aber nicht einverstanden, sondern verlangten einen bestimmten Stundenlohn. Die Firma erklärte sich nunmehr bereit, unter Fortzahlung der bisherigen Vergütungen 10 Pf. Stundenlohn mehr zu zahlen. Mit diesen Abmachungen erklärten sich die Arbeiter einverstanden. Zugestimmt wurde ferner der Firma, daß Anfangs Februar n. J. erneut zusammengetreten wird, um einen neuen Tarif auszuarbeiten, in dem nur reiner Stundenlohn enthalten sein soll. Alle Nebenbezahlungen, die schon oft zu Differenzen und auch zur Uneinigkeit bei den Arbeitern führte, sollen in Wegfall kommen.

Freiburg i. S. Die Arbeiterschaft der Dynamitfabrik in Hilbersdorf beauftragte die Verbandsleitung, eine den Verhältnissen entsprechende Lohnverbesserung bei der Betriebsleitung zu beantragen. Der Erfolg war zunächst eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 3 bis 5 Pf. Die Erhöhung der Monatslöhne lehnte die Firma ab, obgleich diese seit vielen Jahren keine Steigerung erfahren hatten. Von der Lohnaufbesserung hatten also nur die Lohnarbeiter einen Vorteil. Da nun aber die Kriegsverhältnisse immer drückender auf die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft einwirkten, mußte die Arbeiterschaft an eine abermalige Aufbesserung der Gesamtlöhne einschließlich der Monatslöhne denken und beauftragte den neu-gewählten Arbeiterausschuß mit diesbezüglichen Forderungen. Dies geschah im Juni 1917. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde ein Lohnvertrag vereinbart, der eine Erhöhung aller Monatslöhne und Zeitlöhne vorstellte. Beigehört sind in dem Betriebe etwa 150 Personen.

Galt die Arbeiterschaft auch für die Zukunft fest zur Organisation, dann wird auch für kommende Zeiten noch manches zu erreichen sein. Zusammenhalt und kollegiales Zusammenarbeiten wird hier wie überall günstig auf die Lohnverhältnisse einwirken.

Höln. Ergebnis der Arbeiterauswahlwahlen. Die Arbeiterauswahlwahlen nach dem Hilfsdienstgesetz sind jetzt in fast allen Betrieben vorgenommen. In den kleineren Betrieben wurde überall nur eine Vorklassifizierung eingeleitet, während in den größeren Betrieben die Firmen selbst den Listen der vereinigten Gewerkschaften eine Gegenliste gegenüberstellten. Wäre große Freude haben sie damit nicht gehabt. Überall gab es lange Gespräche zu dem Resultat. Die Firma Vorster u. Grünberg erhielt auf ihre Liste 40 Stimmen, während auf die Liste des Verbandes 338 Stimmen entfielen. Auch die Dynamitfabrik in Wahn hatte mit ihrer Liste einen Misserfolg zu verzeichnen. Die Liste der vereinigten Gewerkschaften erhielt 640 Stimmen, während nur 31 Stimmen für die Firma abgegeben wurden. Bei den Firmen Stroder u. Kunz, Ege, Radium, Rubber, Jäger u. Friedrichshaus, Rahl u. Bredt wurde unsere Liste glatt gewählt. Auch in den ländlichen Bezirken haben wir gute Fortschritte erzielt. So wurde auf den Deutschen Wäldemännern in Völsdorf am Rhein, auf der chemischen Fabrik von Tramer u. Helmers in Dellbrück und auf der Karbonatfabrik in Selsbühl überall unsere Listen mit großer Mehrheit gewählt. Bei der Firma Maria u. Pagenstecher in Kalkheim hatte die Firma drei unserer Kollegen mit auf die Liste genommen. In Anbetracht der geringen Zahl der Gegenwärtigen wurde von der Aufstellung einer besonderen Liste Abstand genommen.

In einem großen Erfolg gelangte sich die Wahl des Arbeiterausschusses am 6. August auf dem königlichen Artilleriedepot in Köln. Außer der Liste unseres Verbandes waren noch 7 Listen eingegangen. Der Artilleriedepotverband, der frühere Arbeiterausschuß und einige Arbeitergruppen in den verschiedenen Bezirken hatten es sich nicht nehmen lassen, besondere Vorklassifizierungen einzutragen. Unsere Liste erhielt 3219 Stimmen, während die Listen 3 und 7 je 90 Stimmen und die anderen 5 Listen insgesamt nur 78 Stimmen erhielten. Es entfielen somit auf die Liste des Verbandes 43 Vertreter, während die Listen 3 und 7 nur je einen Vertreter erhielten. Das Ergebnis ist nun so erfreulich, da von beiden Seiten eine rege Tätigkeit entfaltet wurde. Allein die Wahl zum Arbeiterausschuß auf dem Artilleriedepot hat uns über 30 neue Mitglieder gebracht. So ist das Reputat der Auswahlwahlen durchaus befriedigend, und es ist nur zu hoffen, daß die gewählten Ausschüsse bei den Unternehmern das nötige Verständnis finden mögen, wenn sie die Ansprüche und Wünsche der Arbeiterschaft vorbringen.

Stettin. Unsere Zahlstelle ist an dem erfreulichen Aufschwung und an den Erfolgen unseres Verbandes nicht gerade stark beteiligt. Verschiedene Geschäftsbedingungen haben man gelten lassen; alle nicht. Es sind nicht alle noch vorhandenen Kräfte in alter Weise kräftigt worden, um bessere wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Die Erfolge anderer Zahlstellen werden und müssen uns anzuregen, mehr als bisher zu tun, wenn auch die Verhältnisse nicht überall gleich sind.

In einem Quartal 1917 haben wir nur 20 männliche und 17 weibliche, im zweiten 21 männliche und 20 weibliche Mitglieder aufgenommen. Im ganzen ersten Halbjahr 1917 also nur 91. Die Mitgliederzahl ist von 162 Ende 1916 auf 169 am 30. Juni 1917 gestiegen. Zum Winter werden sich 65, zum Frühjahr rund 90 Mitglieder, wovon 15 nach anderen Bezirken abgezogen sind.

Die Lohnbewegungen waren hier durch die Arbeiterausschüsse der verschiedenen Bezirke gesteuert worden; in einzelnen Bezirken gelang das mit bestem Erfolg. Die höchsten Lohnforderungen wurden immer noch die Forderungen „unser Personen“. Die Direktion der Sprengstofffabrik C. u. G. Müller, A.-G., Stettin, machte folgenden Vorschlag: „Der Gehalt, nachdem wir kürzlich eine Erhöhung des Lohnes bewirkt haben:“

Von dem Verband der Heilmittelhersteller Deutschlands, Zahlstelle Stettin, ist uns ein Schreiben zugegangen, nach welchem unsere Arbeiter eine neue Teuerungszulage anfordern. Wir werden uns bereitwillig den Wünschen der Arbeiter entgegenstellen, machen aber darauf aufmerksam, daß wir auch bei den anderen Herstellern müssen, Wünsche nur entgegenzunehmen, wenn diese von direkt von den einzelnen oder durch Vertreter der Arbeiter aus unserer alten Arbeiterschaft ausgehen. Auf Verhandlungen von anderer Seite können wir auf keinen Fall eingehen.“

Die Seifen-, Parfümerie- und Wagnereifabrik Schindler u. Meigel Nachf., Stettin, ammontete ganz, kürzlich aber zu Schluß:

„In derartigen Fällen ist es uns, was wir schon einmal gemeldet haben, daß es über die Angelegenheit nicht bedarf, Verhältnisse zwischen uns und unserer Arbeiterschaft zu regeln. Wir müssen unsere Angelegenheiten mit unserer Arbeiterschaft selbst, ohne Einmischung Dritter, zu ordnen.“

Es besteht also der Wunsch des Verbandes der Industriellen Pommerns immer noch, nach dem mit Vertretern der Organisationen nicht verhandelt werden darf. Der Verband wird auch noch weiter bestehen, je-

### Zum Heeresdienst eingezogene Kollegen, die zur Arbeit beurlaubt werden,

müssen unverzüglich (spätestens innerhalb 14 Tagen) bei der Zahlstelle wieder ihre Mitgliedschaft anmelden, wenn sie nicht ihre vor der Einziehung erworbenen Rechte an den Verband verlieren wollen.

### Aus dem Heeresdienst entlassene Kollegen

müssen sich innerhalb 14 Tagen wieder als Mitglieder anmelden, andernfalls verlieren sie ihre alten Rechte und müssen als neue Mitglieder eintreten.

Wer die Wiederanmeldung versäumt, hat bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. keinerlei Ansprüche an den Verband.

lange die Arbeiterinnen und die Arbeiter, namentlich Stettins, sich nicht besser organisieren, nicht für starke, geschlossene Gewerkschaften sorgen.

Trotzdem haben sich eine Reihe Betriebe aus dem Drängen der Organisierten, auf Antrag der Arbeiterausschüsse, teils auch aus „eigenem Antrieb“ auch in letzter Zeit wieder gezwungen, höhere Löhne oder höhere Teuerungszulagen zu zahlen. In den meisten Betrieben beträgt die Teuerungszulage hier jetzt durchschnittlich pro Tag 1 Mt. für die Arbeiter; die Frauen erhalten meistens die Hälfte. Wo die Teuerungszulage geringer ist, sind die Löhne dementsprechend gestiegen. Unser Bestreben war, die Stundenlöhne zu erhöhen, wogegen sich die Betriebe wehrten, solange sie nur konnten. Jedenfalls ist es bei den Verhandlungen fast überall bemerkt worden, daß man wohl geneigt war, Teuerungszulagen zu geben oder diese zu erhöhen, aber nicht die Stundenlöhne aufzubessern. In einem einzigen Falle, wo wir wegen janitärer Einrichtungen und wegen schlechter Behandlung durch einen Bodenmeister eine Eingabe gemacht hatten, sind wir zu Verhandlungen gezwungen worden. Die Abfertigung aller angeregten Beschwerden ist versprochen worden. Hier soll nur ein Auspruch des Direktors wiedergegeben werden, den er zu seinen Angestellten in unserm Beisein machte: „Wenn wir unsere Arbeiter nur an den Betrieb stellen können durch hohe Löhne, durch höhere Löhne als sie in anderen Betrieben gezahlt werden, so liegt das durchaus nicht im Interesse der Firma. Deshalb bringe ich auch, und zwar energig, auf anständiges Verhalten aller Angestellten den Arbeitern, vor allem aber den Arbeiterinnen gegenüber.“

In der Stettiner Papier- und Rohpappfabrik, A.-G., beträgt die Teuerungszulage jetzt pro Woche 7,20 Mt. für die Arbeiterinnen. Für jede Nachschicht werden 50 Pf. extra gezahlt. Auch die Stundenlöhne sind gestiegen. In diesem Betriebe hat es sich gezeigt, daß die Arbeiterinnen, wenn sie gut organisiert sind, auch für die Besserstellung der Arbeiter mit einzutreten in der Lage sind. Jedenfalls haben durch das Vorgehen der Kolleginnen auch die Arbeiter Zulagen erhalten.

Tarifverträge konnten nirgend abgeschlossen werden. Ueber die Zeit des Krieges hinaus wollen die Herren hier in Stettin nicht gebunden sein. Das muß uns ein Vorposten mehr sein, um nach dem Kriege gerüstet zu sein. Aber auch jetzt wird noch manches getan werden müssen, wenn die gegenwärtige teure Lebenshaltung in einer angemessenen Entlohnung einen Ausgleich finden soll.

In verschiedenen Betrieben sind Fabrikflächen zur Verabfolgung von warmem Essen eingerichtet worden. Für die Arbeiter der chemischen Produktionsfabrik „Union“ und des Eisener- und Zementwerkes „Kraft“ in Stolzenhagen war das nicht der Fall, trotzdem gerade in diesen Werken viele arbeiten, die in weit abliegenden Ortschaften, zum Teil auch in Stettin, wohnen. Wir wandten uns darum am 7. Mai 1917 an den Landrat des Kreises Randow mit der Bitte, den genannten Betriebsleitungen die Anregung geben zu wollen, auch Fabrikflächen einzurichten. Am 13. Juni 1917 erhielt die Zahlstelle die Nachricht, daß solche Einrichtungen inzwischen geschaffen worden seien.

Das Verjammlungsweien ist hier immer noch sehr beengt. Nur Mitgliederversammlungen, dazu gehören auch Betriebsversammlungen, dürfen abgehalten, müssen aber angemeldet werden. Im Juni waren, hülliger Vorkommnisse wegen, auch diese verboten.

Beitragsmarken wurden 1917 5147 Stück gekauft; das sind im Durchschnitt für jedes Mitglied nur 11½ Markten im Quartal. Die Krankenkassenunterstützung betrug an 166 Kranken für 2540 Unterstützungstage 3919,20 Mt., Unzulagegeld wurden 40 Mt., Sterbegeld 1100 Mt. gezahlt. Der Hauptkassier konnten 1770,05 Mt. zugeführt werden. Die Vorkasse brachte einen Zufluß von 1236,89 Mt. Zum Heeresdienst sind 2495 Kollegen eingezogen, wovon 280 zurückgekehrt und 231 als gefallen gemeldet worden sind. Durch Rekrutierungen sind die durch den Krieg gerippen Stellen wieder auszufüllen. Jedes Mitglied sollte in eigenen Interesse bei der Werbung neuer Mitglieder durch eifrige Agitation, durch Sammeln von Adressen, beim Laufen unserer Zahlstelle behilflich sein. Wieder wie früher sollte jeder bestrebt sein, seinen Verband groß und stark und dadurch leistungsfähiger zu machen und zu erhalten. Wir werden voraussichtlich nach dem Kriege alle Kräfte anspannen müssen, wenn die Arbeiterinteressen gewahrt werden sollen. Riedel.

### Rundschau.

#### Nachdenkliches.

Folgende Notiz ging kürzlich durch die Parteipresse: „Eine Anzahl jüdischer Landwirte hielten in Lobau in Sachsen eine Versammlung ab, in der sie sich mit dem Landesfiskusrat heranzugehenden Arbeitsverträgen mit russisch-polnischen Arbeitern beschäftigten. Die Herren Agrarier sprachen sich ganz entschieden gegen alle zu hohe Löhne aus, weil es durchaus unzumutbar ist, diese Leute allzu sehr zu verwöhnen. Nach dem Kriege werden sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft ungewisslich völlig anders gestalten, als während der Kriegszeit. Die Entnahmen würden geringer, die Ausgaben anmähend gleich hoch, die Steuern enorm hoch werden. Die einmal gewährten Löhne und Depotsätze würden aber bleiben, wenn man diese Leute einmal daran gewöhnt habe. Aber auch die inländischen Arbeiter würden mit Recht gleich hohe Löhne und Depotsätze fordern. Das veranlaßt aber die Lebenshaltung der Bevölkerung. Ob die ungewisse demokratische Richtung, welche nach dem Kriege sicher noch erwarten werde, so hohe Lebensmittelpreise auf die Dauer dulden werde, sei nach früher gemachten Erfahrungen, kaum anzunehmen. Man werde sehr bald nach billigen Brot streben. Es erhebe sich deshalb vorzuziehlich, wenn man rechtzeitig an die Zukunft denke und Löhne und Depotsätze nicht höher schreibe, als unbedingt nötig, um Arbeiter zu erhalten.“

Bei der letzten Landesfiskusrat an Löhnen vorgehen für Männer 1,90 Mt. bis 2,50 Mt., für Frauen 1,40 Mt. bis 1,90 Mt. pro Tag. Als Depotsatz waren festgesetzt worden pro Woche 30 Pfund Kartoffeln, 2 Liter Magermilch oder 3/4 Liter Vollmilch, 1/2 Pfund Wehl, 3 Pfund Brot, 2 Pfund Graupen oder Gerst, 1 Pfund Hülsenfrüchte, 1 Pfund Fleisch, 1 Pfund Zucker und 1/2 Pfund Salz; das sind für Arbeitstag und Mann 85 Pf., was die Entlohnung entspricht den Agrarern zu hoch.“

Die Rechnung, die Löhne nicht höher zu schranken als unbedingt nötig, war den Landwirten gegenüber ganz überflüssig; denn die zahlen eigentlich nur so viel, nötiger so wenig, wie sie unbedingt müssen. Es ist auch kein Geheimnis, daß den Herren die Arbeitslöhne viel zu hoch sind und daß sie erste Vorkommnisse gegen die unter den Bedingungen des Krieges steigenden Löhne in der Industrie konnten die Landwirte zwingen, nun auch mit den Landarbeiterlöhnen entsprechend zu folgen. Soweit bietet der Bericht wenn auch viel Uninteressantes, so doch wenig Neues. Jedoch möchten wir die Unternehmer auf den letzten Absatz richten; in dem die Höhe des Depotsatzes angegeben wird. Wir können den russisch-

polnischen Arbeitern geist eine gute und ausreichende Ernährung, können aber nicht umhin, zu fragen, wieso ihnen per Kopf und Woche 30 Pfund Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden, während es in unsern Großstädten kaum einige Pfund gibt. Auch scheint es uns nicht gerecht, ihnen täglich 1/2 Liter Vollmilch oder 1 Liter Magermilch zu geben, während in den Städten nicht einmal 1/4 Liter für die Kinder zu haben ist. Auch 2 Pfund Graupen oder Gerst und 1 Pfund Hülsenfrüchte die Woche sind nur wenig deutschen städtischen Arbeiterfamilien erschaubar. Wenn aber so schon die russisch-polnischen Arbeiter noch leben können, wie wenig müssen da erst die deutschen Landwirte vom Kriege merken! —

#### Wer ist Schwerstarbeiter?

Da der Unterschied zwischen dem Begriff eines Schwerarbeiters und eines Schwerstarbeiters vielfach zweifelhaft ist, dürfte eine Auskunft von amtlicher Stelle in dieser Frage willkommen sein. Zu den Schwerstarbeitern gehören folgende Berufsgruppen:

1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Fahrhauer, Steiger, Fahrer, Wetter- und Obersteiger), soweit sie unter Tage beschäftigt sind.
2. Die an Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten sind wie Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzöfen und in Zementfabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie den Einwirkungen der Gase, des Rauches und der Hitze ausgesetzt sind.
3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere a) von den Arbeitern an den höchsten Erz- und Koksöfen, Gicht, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Ofenarbeiter sowie Sieb- und Arbeiter bei den Windhütern; b) von den Arbeitern in den Stahlwerken; Arbeiter an Generatoren, Kondensatoren, Martinstöfen, Ziegel- und Elektroöfen; ferner Siebgruben- und Wärme-grubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhütten und über den Wärmeöfen; c) von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Presswerken; Walzer und Arbeiter an Schweiß-, Wärme- und Glühöfen, Arbeiter an Hämmer, Pressen sowie Arbeiter an Sägen, Säheren, Richtmaschinen, soweit sie an warmem Metall arbeiten; d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien solche, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, die den unter 3. aufgeführten Arbeiterarten entsprechen, insbesondere Arbeiter an Pressen, Wärme- und Glühöfen sowie in der Härterei und Vergärerei.
5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, soweit ihre Arbeit der unter 3. aufgeführten Arbeitergruppen gleicht; Zementarbeiter in Zementfabriken.
6. Arbeiter in Kalk- und Dolomitkennern, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steinzeug-, Steingutfabriken, Ziegeln und Fabriken feuerfester Erzeugnisse einschließlich Absteigglühereien) und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegbedarf arbeiten; Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen zu leiden haben.
7. In der Maschinen-, Metall- und Kleinfabrikindustrie sowie in Eisenbahnwerkstätten, Brückenbauanstalten und Schiffswerften, soweit diese Industrien für den Kriegbedarf arbeiten, und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen; Ofen- und Hammerleute, Schmiede, Reifschmiede, Warmmiete und Beizer für schwere Gegenstände.
8. Von den Arbeitern der chemischen und Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben.
9. Kesselheizer im Bergbau und in den bergbaulichen Industrien, mit Ausnahme solcher Heizer, die eine Gasheizung oder eine Feuerung mit mechanischer Beschickung bedienen. Die Kesselfeuerer und Kesselfeuerer der letztgenannten Anlagen fallen nicht unter diese Ausnahme.
10. Die Arbeiter im Bergbau und in den bergbaulichen Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschicht leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht.
11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Heizerpersonal der See- und Binnenschiffahrt.

Arbeiterinnen, auf die die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln. Freie ausländische Arbeiter stehen Inländern gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.

#### Die russisch-polnischen Arbeiter in Deutschland.

Die Rechtsverhältnisse der russisch-polnischen Arbeiter, die sich gegenwärtig in Deutschland befinden, haben schon vielfach Anlaß zur Kritik gegeben. Etwas eine Viertelmillion polnischer Arbeiter befanden sich bei Kriegsausbruch in Deutschland; sie werden als Zivilgefangene behandelt und zum Teil von den Gefangenlagern aus zu Arbeiten kommandiert. Ueber eine weitere Viertelmillion ist nach Kriegsausbruch in ihrer Heimat angeworben worden. Bei der Anwerbung waren die Arbeiter des Glaubens, daß sie in Deutschland als freie Arbeiter behandelt werden sollten. In Wirklichkeit ist ihre Bewegungsfreiheit aber sehr eingeschränkt. So bedürfen sie z. B. zum Wechsel der Arbeitsstätte und des Aufenthaltsorts der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde, die häufig nicht zu erlangen ist. Weiter müssen sie zur Rückkehr in die Heimat eine besondere Erlaubnis haben, die sie meist nicht erhalten. Selbst zu vorübergehenden Besuchen in ihrer Heimat bedürfen sie einer besonderen Urlaubsgewährung, die vielfach an verschiedenen Widerständen scheitert. Dieser Zustand der Unfreiheit der polnischen Arbeiter wird von vielen Arbeitgebern nach der Richtung ausgenutzt, daß sie den Lohn dieser Arbeiter tiefer unter denjenigen der einheimischen herabdrücken. Nicht selten werden auch die fremden Arbeiter von den Unternehmern und Werkführern mißhandelt, u. a. auch gezwungen, nur innerhalb der umgebenen Fabrikräume zu wohnen. Tausende von Arbeitern entziehen sich der Behandlung durch die Flucht, so daß z. B. im Polizeigefängnis in Berlin ständig Hunderte polnischer Arbeiter inhaftiert sind. Sie haben nichts weiter begehren, als ihren bisherigen Arbeitsplatz ohne die vorgeschriebene Genehmigung verlassen.

Dem Ausschuss für Petitionen des Reichstags lagen eine Anzahl Wünsche in dieser Frage vor. Besondere Beschwerden wurden über die Behandlung der polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet vorgebracht. Solche Arbeiter, die nach Ablauf des Vertrags sich weigerten, diesen zu verlängern, wurden durch Entziehung von Kost, Bett und Licht dazu gezwungen. Von einem Regierungskommissar wurden die Schilderungen als unzutreffend und übertrieben dargestellt. Die Anwerbung der Arbeiter wurde nur noch durch amtliche oder amtlich beauftragte Stellen statt. Keinesfalls dürften Verprechungen gemacht werden, die sich später nicht verwirklichen ließen. Die Behandlung der Arbeiter sei durch eingehende Verordnungen der Generalkommandos geregelt worden. Der Petitionsausschuß kam einmütig zu der Ansicht, daß sämtlichen Arbeitern aus russisch-polen unbeschadet der allen Ausländern gegenüber geübten Kontrolle im Verhältnis zum Arbeitgeber gleiche Rechte wie den einheimischen Arbeitern gewährt werden müssen. Das vorliegende Material wurde dem Reichstagskanzler überwiesen.

### Verbandsnachrichten.

Vom 14. August 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Kolberg 400.—, Parchim 300.—, Saargemünd 12,21, Fiddichow 100.—, Alenburg i. Gr. 1000.—, Kupperberg 800.—, Blankenburg a. d. S. 100.—, Wolde 150.—. Schluß: Montag, den 20. August, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassier.